

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigen- und Druckerei entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Jahrgang 12. 50.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigen- und Druckerei entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Jahrgang 12. 50.

Telegramme: Kogelblat Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Route Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 197

Mittwoch, den 25. August 1926

21. Jahrgang

Ruhe in Griechenland.

Suspendierung aller von Pangalos abgeschlossenen Staatsverträge. Das Volk fordert Freiheit.

Belgrad, 23. Aug. Der „Politika“ wird aus Athen gemeldet: Admiral Konduriotis hat die Durchführung sämtlicher von dem gestürzten Regime abgeschlossenen internationalen Verträge suspendiert; unter ihnen befinden sich auch der griechisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag und die Konvention betr. Saloniki. Zu der Festnahme des Generals Pangalos meldet die Agence Havas noch aus Athen: Als der Kraftwagen, in dem Pangalos nach Athen zurückgebracht wurde, das Flughafenquartier passierte, versuchte die Menge, den ehemaligen Diktator zu lynchen, und es gelang den Begleitmannschaften nur mit Mühe, ihn frei zu machen. Der Frau des Generals Pangalos ist es nicht gelungen, ins Ausland zu entfliehen. Die Zeitungen bedienen sich der wiedergewonnenen Pressefreiheit und zählen nicht weniger als 300 von Pangalos gemachte irreguläre Geschäfte auf. Die Untersuchung würde ergeben, daß es sich um einen wahren Skandal handele. Mit Ausnahme von Pangalos, Staatssekretär Maty und Generalsstaatsanwalt Bussides sowie drei weiteren Persönlichkeiten sind sämtliche Personen, die festgenommen worden waren, wieder freigelassen worden. Agence d'Athènes meldet: Pangalos, der bei dem Versuch, nach dem Auslande zu flüchten, mit seinen Adjutanten Casaros und Tsiganes verhaftet wurde, befindet sich in Athen im Militärhospital. Er wird mit den ehemaligen Ministern Tavoularis, Tantalides und anderen wegen gemeiner Verbrechen von dem obersten Gerichtshof abgeurteilt werden. Gestern abend brandmarkt in einer großartigen Kundgebung das Athener Volk die abscheuliche Tyrannet und sagte einen Beschluß, der eine verdiente Strafe gegen diejenigen fordert, die die heiligen Rechte des Volkes vergewaltigen. General Konduris betonte in einer Rede, sein Ziel sei die vollständige Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten und die Rückkehr des Landes zu einem normalen Zustand.

Land. In Saloniki und anderen Städten haben Volksversammlungen ähnliche Beschlüsse gefaßt.

Pariser Blätterstimmen zu den Vorgängen in Griechenland.

Paris, 23. Aug. Zum Sturz der Pangalos-Regierung schreibt „Echo de Paris“, Pangalos sei an seinem Mangel an Entschlußkraft gescheitert. „Gaulois“ ist der Ansicht, daß Pangalos den Fehler begangen hat, die Furcht, die er einschloß, mit der Volkstümlichkeit zu verwechseln, deren er sich zu erfreuen glaubte. Er habe einen Mussolini spielen wollen, ohne dessen Qualitäten zu besitzen. „Action Française“ erklärt, ein Diktator, der nicht wisse, was er wolle, sei zum Scheitern verurteilt. „Le Roubeau Steele“ schreibt, es habe sich nichts geändert, ein Diktator ersetze den andern. Man erkläre, daß Konduris französisch- und serbenfreundlich sei. Man müsse sich darüber freuen, weil es beweise, daß er sich in keine militärischen Abenteuer stürzen werde. Im „Journal“ heißt es, der Sturz des Generals Pangalos sei kein neuer Faktor in der Entwicklung der griechischen Krise. „Deuvre“ vertritt den Standpunkt, Pangalos habe sich zum Diktator im verabscheuungswürdigen Sinne des Wortes entwickelt. Man könne also seinen Sturz begrüßen, doch sei es geraten, die Taten der neuen Regierung abzuwarten. Auch „Quotidien“ verzeichnet mit Genugtuung das Ende der Regierung Pangalos als einen neuen Beweis für die außerordentliche Gebrechlichkeit der Kasarregime. In der „Ere Nouvelle“ heißt es, solange Griechenland nicht eine wahrhaft republikanische Verfassung habe, und solange es in der Hand irgendwelcher Militärcliquen sei, werde die Stabilisierung nur ein leeres Wort sein. „Humanitee“ schreibt, Konduris sei frantrophil aus Neigung, er werde aber zweifellos anglophil sein müssen aus Notwendigkeit.

Aufschub der Rückzahlung von Landwirtschaftskrediten.

Berlin, 23. Aug. Nach den Verhandlungen, die das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit den zentralen Kreditinstituten geführt hat, besteht die Möglichkeit, einen Teil der in der Zeit während und unmittelbar nach der Ernte fälligen landwirtschaftlichen Personalkredite auf spätere Monate zu prolongieren und auf diese Weise in einem gewissen Umfang ein unerwünschtes Zusammendrängen der Fälligkeiten auf einen kurzen Zeitraum zu verhindern. Insbesondere hat die Deutsche Rentenbank infolge von Maßnahmen, die von ihr und der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt seit einiger Zeit getroffen worden sind, die Rückforderungen auf die in diesem Herbst fälligen landwirtschaftlichen Abwicklungskredite wesentlich ermäßigen können. Die Kreditvermittlungsinstitute, die bereits entsprechende Mittelungen erhalten haben, sind hierdurch in die Lage versetzt worden, den Landwirten, die die im Herbst fälligen Abwicklungskredite ganz oder teilweise nicht zurückzahlen können, und zwar insbesondere auch nicht aus erhaltenen Realkrediten, Erleichterungen zu gewähren. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt hat von einer Rückforderung von Personalkrediten für diesen Herbst ganz abgesehen; nur in den Fällen, in denen die Abbildung der Wechselschulden durch gewährte Realkredite erfolgen kann, wird auch bei Krediten der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt auf Abdeckung bestanden werden müssen.

Nach den Erhebungen des Instituts für Konjunkturforschung ist der landwirtschaftliche Realkredit im ersten Halbjahr 1926 im ganzen um 800 Millionen, nämlich von 1,1 auf 1,7 Milliarden, gestiegen; hiervon entfallen allein auf die Zeit von Ende März bis Ende Juni 500 Millionen, so daß wohl mit einer fortschreitenden Umwandlung der landwirtschaftlichen Schulden in länger befristeten Realkredit gerechnet werden kann. Einer überstürzten Veräußerung der Erntevorräte sollen die mit Hilfe der Reichsbank und der Preussischen Genossenschaftskasse, sowie der Getreide-Handels-gesellschaft geschaffenen Lombardierungsmöglichkeiten für Getreide entgegenwirken.

Das Arbeitsprogramm des Völkerbundsrats

Genf, 23. Aug. Der Völkerbundsrat wird am 2. September in Genf zu seiner 41. Tagung zusammentreten, die während der ganzen Völkerbundsversammlung dauern wird. Den Vorsitz wird Genes (Tschoschowska) führen. Dem Völkerbundsrat wird in dieser Tagung der Bericht der von ihm eingesetzten Kommission zur Prüfung der

Reorganisation des Völkerbundsrates, die bekanntlich am 30. August in Genf zusammentreten wird, vorgelegt werden. Unter den übrigen Punkten der vorläufigen Tagesordnung sind zu erwähnen die Berichte über die Arbeiten der verschiedenen Kommissionen die seit der Juni-Session des Völkerbundsrates getagt haben, das heißt der Hygienekommission, der Mandatskommission, der Finanzkommission, der Wirtschaftskommission und anderer mehr. Der Völkerbundsrat wird

ferner Kenntnis nehmen von den Schlussberichten der Völkerbundsoberverschüsse in Wien und Budapest, die ihre Tätigkeit gemäß den in der letzten Session des Rates gefällten Beschlüssen eingestellt haben. Des weiteren wird sich der Völkerbundsrat mit der Frage der Ansetzung der griechischen und bulgarischen Flüchtlinge befassen, die finanzielle Lage der freien Stadt Danzig prüfen und über die Maßnahmen beraten, welche die Regierungskommission für das Saargebiet zur Sicherung des Transport- und Transitfreiheits auf den Eisenbahnen des Saargebietes ins Auge faßt. Auf Ersuchen der Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans als Unterzeichner der Memeler Konvention wird der Völkerbundsrat ebenfalls über eine Denkschrift des Landtages des Memeler Gebietes beraten. Die litauische Regierung wurde eingeladen, die ihr wichtig scheinenden Bemerkungen in dieser Angelegenheit einzureichen.

Arbeitslosigkeit und Auswanderung.

Die katastrophale Arbeitslosigkeit — zurecht gibt es immer noch gegen 1 1/2 Millionen Erwerbslose im Deutschen Reich — wird, wie weitblickende Führer der deutschen Wirtschaft bereits vorausgesagt haben, noch lange Zeit auf unser gesamtes Wirtschaftsleben drücken. Das in Aussicht genommene großzügige Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung und das tatkräftige Bestreben der Industrie, durch Rationalisierung und sonstige Maßnahmen ihre Erzeugnisse zu verbilligen und dadurch die Kaufkraft des Inlandmarktes und den Export zu heben, werden bei gleichzeitiger Herabsetzung der Steuern und sozialen Lasten auf ein erträgliches Maß und Gewährung von langfristigen Krediten zu einem für die Wirtschaft tragbaren Jinsfuß zwar dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit allmählich zu vermindern, aber kaum imstande sein, sie auf das Maß der Vorkriegszeit herabzubringen. — So ist es verständlich, daß viele Deutsche, die im eigenen Lande keine Arbeit mehr finden können, sich mit dem Gedanken tragen, auszuwandern. So unerwünscht eine solche Auswanderung an und für sich ist — so wäre es doch unter den gegebenen Verhältnissen ein schwerer Fehler, die Auswanderung grundsätzlich zu unterdrücken. Es kann sich vielmehr nur darum handeln, die p l a n - und m i t t e l l o s e Auswanderung einzuschränken, dafür aber die Auswanderungslustigen sachgemäß zu beraten und sie nach Möglichkeit in geschlossenen Kolonien anzuflehen. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Masse der Auswanderer dem Deutschtum zu erhalten und mit ihrer Hilfe wirtschaftliche Sammelpunkte zu bilden, von denen aus die deutsche Industrie in dem betroffenen Lande weiter festen Fuß fassen kann. Schon daraus geht hervor, daß eine planmäßige beratene Auswanderung durchaus geeignet ist, der Industrie neue Absatzgebiete zu verschaffen; sie ist somit an der Auswanderung in hohem Maße interessiert. Da der Staat selbst nicht in der Lage ist, die gesamten Auswanderungsfragen von sich aus allein zu regeln, ist es mit Freude zu begrüßen, daß sich eine Anzahl von gemeinnützigen Vereinigungen zu dem Zwecke gebildet haben, auf die gesamte deutsche Auswanderung nach einheitlichen, das deutsche Volkstum wahren und fördernden Gesichtspunkten einzuwirken.

Alle diejenigen, die sich entschlossen haben, im Auslande ihr Fortkommen zu suchen, sollen daher nicht ziel- und wahllos auswandern oder skrupellosen Agenten, denen es nur auf Geldgewinne ankommt, anheimfallen, sondern sich zuerst an eine der gemeinnützigen Vereinigungen wenden, welche in bereitwilligster Weise Auskunft erteilen und unter Umständen auch die Stellenvermittlung übernehmen. Diese Vereinigungen haben zu diesem Zwecke unter dem Namen „Vereintigte Auskunftsstelle“ in Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 4, eine gemeinsame Beratungsstelle eingerichtet. Sie sind für

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages.

Berlin, 23. Aug. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden, dem Abg. Hergt, nunmehr endgültig auf Donnerstag, den 26. August, 10 Uhr vormittags, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die gegenwärtige außenpolitische Lage.

Das neue Waffengesetz.

Waffenschein auch für Kleinkaliberbüchsen.

Wie eine Korrespondenz mitteilt, wird der Entwurf des neuen Gesetzes über Schusswaffen und Schießbedarf einige wichtige Erweiterungen erfahren. Während bisher nur für die Führung von Schusswaffen an öffentlichen Orten ein Waffenschein erforderlich war, wird nunmehr der Besitz von Waffen überhaupt von der Erteilung einer Erlaubnis abhängig gemacht. Auch Kleinkaliberbüchsen dürfen nicht ohne Waffenschein erworben werden. Außerdem werden die Führung von Kleinkaliberwaffen durch politische Organisationen sowie das Abhalten von Schießübungen in militärischer Form verboten werden.

Unregelmäßigkeiten bei Lieferungen an Behörden.

Korruption in der Reichswehr.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Stettin, daß dort der Lebensmittelgroßhändler Dehnel unter dem Verdacht verhaftet worden ist, bei Lieferungen an Behörden und Truppenteile Unregelmäßigkeiten begangen zu haben. Der Verwalter des Stettiner Viehhofes Kadake und der Interoffizier Kraft des Pionierbataillons 2 wurden gleichfalls festgenommen.

Ein neues Aufwertungs-Volksbegehren!

Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsbeschädigten und Mieterorganisationen in den nächsten Tagen den Antrag auf ein Volksbegehren über einen Gesekentwurf einzureichen, den die Reichsarbeitsgemeinschaft in einer Plenarsitzung der von ihr vertretenen Organisationen verabschiedet hat. Der neue Entwurf vermeidet benutzt die breiten Angriffsflächen, die der bekannte Entwurf des Landgerichtspräsidenten Dr. West und des hinter ihm stehenden, ziemlich isolierten Sparerbundes geboten hat. Insbesondere enthält der zum Volksbegehren gestellte endgültige Gesekentwurf der Reichsarbeitsgemeinschaft keine Belastung des Reichshaushaltes, wie sie der Bestische Vorschlag vorgesehen hat.